

# Zweieinhalb Jahre Grün-Rote Bildungspolitik, Ein Jahr Gemeinschaftsschule in Baden- Württemberg

## Baden-Württembergischer Handwerkstag für mehr Qualität vor Tempo

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat bereits im Jahr 2002 als Reaktion auf die für Deutschland alarmierenden Ergebnisse der ersten PISA-Studie die Einführung einer Gemeinschaftsschule gefordert. Das im Positionspapier „Konsequenzen aus PISA“ beschriebene Ziel des Baden-Württembergischen Handwerkstages war es, die Vorteile des gegliederten Schulsystems mit den Vorteilen eines integrierten Schulsystems zu einer neuen Schule zu verbinden. Ein solches neues Schulsystem sollte potenzial- statt defizit-orientiert sein sowie die Lernmotivation jeder Schülerin und jedes Schülers stärken. Es sollte eine größere individuelle und damit eine bessere Förderung der einzelnen Schüler ermöglichen. Mit diesem Ziel eng verbunden war die Hoffnung auf einen offenen bildungspolitischen Dialog jenseits von Rechtfertigungs- und Schuldzuweisungsritualen. Es bestand der Wunsch, mit vereinten Kräften den Aufbruch in eine lernende Gesellschaft zu gestalten. Baden-Württemberg sollte - so die damalige Vision - in zehn Jahren im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnehmen.

### Ausgangslage

Elf Jahre später und nach einem Jahr Gemeinschaftsschule gilt es nun aus Sicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages Bilanz zu ziehen. Betrachtet man Ländervergleichsstudien wie zuletzt den „Bildungsmonitor 2012“ könnte man zunächst mutmaßen, die Bildungspolitik hätte ihre Hausaufgaben gemacht. Und in der Tat muss man anerkennen, dass Baden-Württemberg in fast allen Rankings der verschiedenen Studien Spitzenplätze belegt.

Aber auch gute Ergebnisse können noch besser werden. Dies zeigt der zweite Blick:

- ➔ Es ist beispielsweise hoch bedenklich, dass laut Ergebnissen des Ländervergleichs 2008/2009 des Instituts für Qualitätssicherung im Bildungswesen über ein Viertel der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler, die nach Aussage ihrer Lehrkräfte mindestens den mittleren Schulabschluss erreichen, die Regelstandards für Lesen im Fach Deutsch verfehlen. Gar annähernd 60 Prozent erreichen nicht die Regelstandards für das Leseverstehen im Fach Englisch als erste Fremdsprache. 15 Prozent verfehlen die Mindeststandards.
- ➔ An baden-württembergischen Schulen besteht noch immer ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status des Elternhauses und dem Kompetenzerwerb der Jugendlichen. Außerdem belegt Baden-Württemberg im Bundesländervergleich des Bildungsmonitors 2011 bezüglich der Abiturientenquote von ausländischen Mitbürgern den letzten Platz.

- ➔ Über 2.000 Schüler haben im Jahr 2011 allgemeinbildende Schulen ohne Schulabschluss verlassen. Die Schulabbruchquote ist gering, doch jeder einzelne Fall ist einer zu viel! Ein erfolgreicher Schulabschluss ist der Grundstein für die weitere Bildungskarriere. Über 60.000 junge Menschen unter 25 Jahren in Baden-Württemberg verfügen über keinen Berufsabschluss.
- ➔ Laut Berechnungen von Prof. Klemm im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2010 geben Baden-Württemberger mit durchschnittlich 131 Euro pro Schüler und Jahr im Bundesländervergleich gemeinsam mit Hamburg am meisten Geld für Nachhilfeunterricht aus. Bezogen auf 1,8 Stunden pro Woche sind dies jährlich über 160 Millionen Euro. In einer früheren Studie des IW Köln wurden die bundesweiten Kosten für nachschulische Reparaturmaßnahmen mit 3,4 Milliarden Euro beziffert.
- ➔ Laut Bildungsbericht 2012 betrug im Jahr 2010 bundesweit der Anteil an Ganztageschulen 51 Prozent. In Baden-Württemberg betrug der Anteil nur 27 Prozent, damit belegte das Land den letzten Platz im Länderranking. Nur 16 Prozent der Schüler besuchten Ganztagesangebote.
- ➔ In den letzten 10 Jahren ist die Anzahl der neu eingetragenen Auszubildenden im baden-württembergischen Handwerk um 10 Prozentpunkte gesunken. Die Anzahl der Abiturienten ist im selben Zeitraum um vierzig Prozent gestiegen. Immer mehr Gymnasiasten sind jedoch auch versetzungsgefährdet, vielen Abiturienten fehlt die Studierfähigkeit. Sie wären möglicherweise als Schüler mit einer guten mittleren Reife in einer dualen Ausbildung besser aufgehoben. Allein das Handwerk in Baden-Württemberg verzeichnet aktuell 2.500 freie Ausbildungsstellen, gleichzeitig befinden sich fast 23.000 Jugendliche in Maßnahmen des schulischen Übergangssystems.
- ➔ Der Anteil der Ausbildungsvertragslösungen ist im baden-württembergischen Handwerk in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Anforderungen an eine handwerkliche Ausbildung sind gewachsen und die Schulen sind aufgefordert, ihre Schüler mit der notwendigen Ausbildungsreife zu entlassen. Immer mehr Betriebe vermissen aber die nötige Ausbildungsreife. In einer Umfrage des BWHT erklärten 43 Prozent der befragten Betriebe, einen Bewerber wegen fehlender Mathe-Kenntnisse abgelehnt zu haben, 26 Prozent wegen fehlender Deutsch-Kenntnisse. Des Weiteren fehlte es oftmals an persönlicher Reife und Sozialkompetenz.

Diese Einschränkungen an den ansonsten guten Ergebnissen für Baden-Württemberg zeigen zweierlei: Erstens ist es zu früh, um sich auf den vergleichsweise guten Ergebnissen der Bildungsrankings auszuruhen. Insbesondere wenn sie nicht Resultat aktuellen oder früheren Regierungshandelns sind. Zweitens dürfen nicht nur die beschriebenen Symptome behandelt werden. Es muss dazu übergegangen werden, die Ursachen zu bekämpfen.

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat von seinen im Jahr 2002 zu Papier gebrachten Positionen nichts zurückzunehmen. Er hat vielmehr bereits im Februar 2012 seine Forderung nach einem grundlegend neuen Bildungskonzept mit einem neuen Leitbild sowie einer neuen Schul- und Lernkultur erneuert. Es darf nicht sein, dass die auszubildenden Handwerksbetriebe im Land Versäumnisse der Allgemeinbildung an der Schule ausgleichen müssen. Sie kommen ihrer Ausbildungsverantwortung nach, so gut es geht. Sie erklären sich auch dazu bereit, ausbildungsschwächeren aber ausbildungswilligen Jugendlichen eine Brücke in die Ausbildung zu bieten. Sie müssen aber davon ausgehen können, dass die Auszubildenden die nötige Ausbildungsreife von der Schule mitbringen.

## **Bilanz aus zweieinhalb Jahren grün-roter Bildungspolitik**

Grüne und SPD versprachen im Landtagswahlkampf eine „neue Schule: Vielfalt, Gerechtigkeit und bessere Leistungen“ sowie „ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle“. Im Koalitionsvertrag überschrieben sie den bildungspolitischen Teil mit den Worten „Bessere Bildung für alle“. Auch wenn der Baden-Württembergische Handwerkstag viele Positionen der Landesregierung nicht teilen kann, so stellte er sich doch hinter die Ziele der grün-roten Schulreform und die geplante Einführung der Gemeinschaftsschule.

Nach knapp zweieinhalb Jahren Regierungshandeln muss man nun allerdings festhalten, dass die Landesregierung bis dato ihre Versprechen nicht einlösen konnte. Zwar liegen die notwendigen Konzepte eigentlich vor, um die eingangs beschriebenen Herausforderungen und zusätzliche Fragestellungen anzugehen. Begonnene Bildungsreformen und aktuelle Reformvorschläge zeigen zudem grundsätzlich in die richtige Richtung. Es fehlt aber zu meist die nötige ganzheitliche Betrachtung der entsprechenden Maßnahmen sowie die letzte Konsequenz. Es scheint, als ob sich Grün-Rot mit der Einführung der Gemeinschaftsschule, der Bildungsplanreform, der regionalen Schulentwicklung, dem Ausbau beruflicher Gymnasien, der diskutierten Wiedereinführung von G 9 Zügen an Gymnasien und der Reform der Lehreraus- und -fortbildung zu vielen Einzelreformen auf einmal widmet und diese nicht in den dringend notwendigen Gesamtkontext stellt. Vielmehr werden sie solitär betrachtet und oftmals auf der Grundlage regionaler Einzelinteressen entschieden.

Bereits im Positionspapier von 2002 zitiert der Baden-Württembergische Handwerkstag den früheren Bundespräsidenten Johannes Rau mit folgenden Worten: „Beim Bau eines Hauses beginnt man aus gutem Grund mit dem Fundament und nicht mit dem Dach.“ Das Fundament eines neuen Bildungskonzepts ist eine dringend notwendige Grundsatzdebatte über das zukünftige Schulsystem in Baden-Württemberg: Welche Schule brauchen wir? Was soll eine erfolgreiche, eine gute Schule leisten? Welches Wissen soll an der Schule vermittelt werden? Welche Art des Unterrichts soll es in Zukunft geben? Welche Schulabschlüsse? Diese und andere Fragen wurden vor zehn Jahren schon einmal diskutiert und (unterschiedlich) beantwortet. Die Antworten von damals scheinen jedoch nicht Grundlage des aktuellen Regierungshandelns zu sein. Bei allem Respekt vor der Politik des Gehörtwerdens braucht es aber auch eine Landesregierung, die im Konsens mit allen Partnern die Zielrichtung der Bildungspolitik im Land vorgibt.

Von einem Bildungsaufbruch ist leider wenig zu spüren. Zweieinhalb Jahre nach einem Landtagswahlkampf, in dem über fast nichts unerbittlicher gestritten wurde als über die zukünftige Bildungspolitik, stehen sich die politischen Lager weiterhin unversöhnlich gegenüber. Grün-Rot genehmigt weitere Gemeinschaftsschulen, die CDU-Landtagsfraktion will den Realschulen den Rücken stärken und die FDP bekennt sich zum differenzierten Schulsystem. Anstatt mit vereinten Kräften oder auch im politischen Streit den Aufbruch in eine lernende Gesellschaft zu gestalten, verharrt die Politik leider allzu oft in langwierigen Struktur- und Haushaltsdebatten. Es macht den Eindruck, dass in der aktuellen Bildungspolitik die Finanzhaushalte der Kommunen und des Landes im Fokus stehen, sowie die Belange der Lehrkräfte. Es wird in der aktuellen Bildungspolitik über die Streichung von Lehrerstellen diskutiert, über den baulichen (nicht den inhaltlichen!) Erhalt von Schulstandorten, über Anrechnungsstunden, Altersermäßigungen und vieles mehr. Wenig bis gar nicht wird über die Schüler und ihre Bildungschancen diskutiert.

## **Vision für die nächsten zweieinhalb Jahre grün-roter Bildungspolitik**

Zur Halbzeit der Legislaturperiode und zwei Jahre vor dem nächsten Wahlkampf ist es aus Sicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages nun an der Zeit, bestehende Kon-

flikte beizulegen und gemeinsam nach den besten Lösungen für eine neue Bildungspolitik zu suchen, die auch über den nächsten Wahltag hinaus Bestand haben. Ein solches Verfahren muss ergebnisoffen und gemeinsam mit allen Partnern gestaltet werden und sich dabei am Alltag an den Schulen vor Ort orientieren. Es dürfen aber nicht wieder nur die Symptome behandelt werden. Die Bildungspolitik der Landesregierung darf nicht in ihren Einzelreformen betrachtet werden, sondern muss in ihrer Gesamtheit diskutiert werden.

Dass entsprechende Lösungen möglich sind, zeigt nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages die aktuelle Arbeit an der Bildungsplanreform 2015. Die Landesregierung gibt zwar auch hier keinen durchgehend roten Faden vor, es scheint jedoch ein Grundkonsens darin zu bestehen, dass es in Zukunft für die Sekundarstufe 1 nur noch einen Bildungsplan mit drei unterschiedlichen Kompetenzstufen geben soll. Außerdem wurde bereits im letzten Jahr die Notenhürde zu Klasse 10 an der Werkrealschule abgeschafft, allen Schülern wurde somit die Möglichkeit der mittleren Reife eingeräumt. Neuerdings forciert das Kultusministerium den alten Plan, auch an Realschulen den Hauptschulabschluss anzubieten. Wenn Werkrealschule und Realschule nach demselben Bildungsplan arbeiten und dieselben Ab- wie auch Anschlüsse anbieten, ist der Weg zur Zweigliedrigkeit sowie zu einer neuen Lehrerbildung nicht mehr weit. Die Wirtschaftsorganisationen im Land vertreten die Meinung, dass sie vielfältige Bildungsabschlüsse benötigen, aber nicht zwangsweise ein mehrgliedriges Bildungssystem. Landespolitische Diskussionen über den Erhalt der entsprechenden Schularten muss man daher eigentlich nicht mehr führen. Die Entscheidung für oder gegen eine Schulart wird ohnehin vom Schulträger vor Ort getroffen.

Auch wenn der Baden-Württembergische Handwerkstag weiterhin das Idealbild der grundsätzlich gemeinsamen Beschulung bis zum Ende der Sekundarstufe 1 vertritt, besteht im politischen Raum Einigkeit darüber, dass eine Säule in einem möglicherweise zukünftigen zweigliedrigen Schulsystem das Gymnasium in der bisherigen Form darstellen soll. Größte Uneinigkeit besteht dagegen in der Ausgestaltung der zweiten Säule. Der Baden-Württembergische Handwerkstag sieht an dieser Stelle die Gemeinschaftsschule, wie er sie in den verschiedenen Veröffentlichungen der Vergangenheit skizziert hat. Erfahrungen aus dem Schulalltag und Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung belegen, dass heterogene Lerngruppen für eher leistungsschwächere Lernende von Vorteil sind, sich die Anregungen für leistungsstarke Schüler jedoch nicht zwangsläufig im selben Maße ergeben. Die Konsequenz darf aber nicht heißen, leistungsstarke und leistungsschwache Schüler getrennt zu beschulen. Vielmehr müssen auch leistungsstarke Schüler im grundsätzlich gemeinsamen Unterricht individuell gefördert und zur Hochschulreife geführt werden. Hierfür müssen geeignete Instrumente entwickelt werden, denn aufgrund des Wegfalls der verpflichtenden Grundschulpflichtung wird die Heterogenität auch an den Realschulen und Gymnasien zunehmen. Sie werden sich zu einer Art Gemeinschaftsschule weiterentwickeln.

Professor Bohl von der Universität Tübingen hat zweifelsohne in seiner Aussage Recht, dass differenzierende bzw. individualisierende Unterrichtskonzeptionen sehr voraussetzungsreich und anspruchsvoll sind. Der Aufwand lohnt sich aber, beachtet man die Ergebnisse der TIMS-Studie aus dem Jahr 1998, wonach 40 Prozent der Realschüler im Kernbereich gymnasialer Mathematikleistungen liegen. Und laut PISA 2003 lesen 10 Prozent der Hauptschüler auf gymnasialem Niveau. Ihre Kompetenzen drohen im dreigliedrigen Schulsystem brachzuliegen. Genauso verfehlen aber auch viele Gymnasiasten die Regelstandards ihrer Fächer und sind im Schulalltag oftmals überfordert. Es ist ein Irrglaube, dass sich Kinder in mehrere unterschiedliche, in sich geschlossene homogene Lerngruppen einteilen lassen. Sie differenzieren stets in ihren Leistungen. Ein und dasselbe Kind kann in

einem Fach Gymnasialniveau erreichen und gleichzeitig in einem anderen Fach auf Hauptschulniveau liegen. Gerade während der Pubertät kann die Leistungsdiagnose ein Jahr später auch gänzlich anders ausfallen. Es ist daher nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages nicht zu verantworten, dass durch vorschnelle Schulentscheidungen zu Beginn der Sekundarstufe 1 Bildungskarrieren vorgezeichnet werden. Vielmehr muss es gelingen, dass Gemeinschaftsschulen von Eltern als eine zu den klassischen Gymnasien mindestens gleichwertige Alternative eines Bildungsweges in neun Jahren angesehen werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die skizzierten inhaltlichen Diskussionen ist die vorherige Klärung struktureller Fragen und gemeinsamer Qualitätsstandards. Der Baden-Württembergische Handwerkstag fordert daher, zunächst die regionale Schulentwicklung und die Festlegung verbindlicher Qualitätsstandards abzuschließen, bevor die Landesregierung neue Gemeinschaftsschulen zulässt. Es darf nicht riskiert werden, dass neben einigen sehr vorbildlichen Starterschulen eine Reihe von Gemeinschaftsschulen entstehen, die nicht die erwartete neue Qualität und Kultur des Lernens pflegen. Die Bezeichnung als Gemeinschaftsschule muss als Qualitätssiegel verstanden werden. Leider scheint vor Ort oftmals über die Einführung einer Gemeinschaftsschule nur in Bezug auf den Erhalt des eigenen Schulstandorts und der Schließung der Nachbarsschule diskutiert zu werden, pädagogische Anforderungen und Ziele der neuen Schulart spielen stattdessen nur eine untergeordnete Rolle. Es muss jedoch deutlich werden, dass die Gemeinschaftsschule kein Rettungsprogramm für Schulen sein darf. Auch die Befürchtungen vieler Gegner der Gemeinschaftsschule nähren sich eher aus der Furcht vor dem Verlust einer bewährten Schule oder Schulart, sowie aus der fehlenden Erfahrung und damit dem fehlenden Vorstellungsvermögen über die neue Form des Lernens.

### **Ein Jahr Gemeinschaftsschule – Worin zeichnet sich die Schulform aus?**

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass die grün-rote Landesregierung und insbesondere Kultusminister Stoch nochmals ihr Konzept des längeren gemeinsamen Lernens vorstellen. Aus Sicht des Baden-Württembergischen Handwerkstags hat es die Landesregierung bisher leider versäumt, die neue Schulform zu erklären, in der Bevölkerung um sie zu werben und zugleich Vorurteile abzubauen. Sie hat stattdessen durch rasche Änderungen des Schulgesetzes Fakten geschaffen. Ein gemeinsames Grundverständnis ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für inhaltliche Diskussionen. Beispielsweise über folgende Fragestellungen:

- ➔ Welche pädagogischen Leitlinien verfolgt die Landesregierung mit der neuen Gemeinschaftsschule? Welche Schulcurricula gelten verbindlich für jede Gemeinschaftsschule? Wofür steht die Gemeinschaftsschule? Nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages müssen die Gemeinschaftsschulen im Land nach vergleichbaren Mustern arbeiten. Zwar gibt es eine Handreichung zur Beantragung einer Gemeinschaftsschule, die darin formulierten Leitgedanken und Leitlinien lassen aber zu viel Spielraum. Die Landesregierung gibt bis dato beispielsweise nicht vor, welche Mindeststandards im Bereich der Beruflichen Orientierung zu erfüllen sind. Es braucht jedoch verbindliche inhaltliche Leitplanken, um vergleichbare Leistungen zu erbringen. Betriebe, Eltern und Schüler brauchen klare Informationen bzw. Leistungskriterien darüber, was die Gemeinschaftsschulen leisten. Wo Gemeinschaftsschule drauf steht, muss auch Gemeinschaftsschule beinhaltet sein.
- ➔ Welche Rolle und welche Funktion üben Lehrkräfte in Zukunft im Unterricht aus? In welcher Art und Weise verändert sich das Berufsbild der Lehrer? Die Diskussion um Peter Fratton und seine vier pädagogischen Urbitten (Bringe mir nichts bei, erkläre mir

nichts, erziehe mich nicht, motiviere mich nicht) haben unter Eltern und Betrieben für viel Verunsicherung gesorgt und damit der Idee der Gemeinschaftsschule geschadet. Eine Antwort auf die Fragen ist die Landesregierung bisher dennoch schuldig geblieben. Natürlich ist auch in Zukunft eine klare Strukturierung des Unterrichts durch die Lehrperson unverzichtbar, sie muss aber abgestimmt sein mit neuen Möglichkeiten des selbstorganisierten Lernens. Die Lehrkräfte begleiten die Kinder und Jugendlichen, geben ihnen aber auch Orientierung und weisen ihnen Schranken auf. Es ist selbstverständlich auch weiterhin ihre Aufgabe, Werte, Wissen und auch Kompetenzen zu vermitteln.

➔ Nicht-Pädagogen, die vor vielen Jahren die Schule besucht haben, können sich nur schwerlich das Konzept des binnendifferenzierten Lernens entlang unterschiedlicher Kompetenzraster vorstellen. Wo liegt der Unterschied zu einem modernen Unterricht in anderen Schularten? Kann das selbstorganisierte Lernen in heterogenen Gruppen mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten wirklich funktionieren? Braucht es nicht deutlich mehr Lehrkräfte für die individuelle Förderung? Werden auch leistungsstarke Schüler ausreichend gefördert und zur Hochschulreife geführt - oder beschränkt sich ihre Aufgabe nur auf die des Co-Lehrers? Aus Sicht des baden-württembergischen Handwerkstages braucht es eine konsequente Kompetenzorientierung, eine passgenaue individuelle Förderung und eine individuelle Begleitung. Es liegt in der Aufgabe der Lehrkräfte, jeweils die richtige Lernform anzuwenden. Hierbei könne sich die Arbeit in leistungsheterogenen mit der Arbeit in leistungshomogenen Gruppen oder auch Frontalunterricht abwechseln.

➔ Ebenso ist es für viele Eltern und Betriebe aus der eigenen Erfahrung heraus schwer zu verstehen, warum das Kultusministerium von der Vergabe von Noten sowie Klassenwiederholungen abrückt. Warum soll es plötzlich nur noch auf besonderen Wunsch Noten geben, sind sie doch ein wichtiges Kriterium bei der Einstellung von Auszubildenden? Werden Eltern, Schüler und Betriebe in Zukunft im Unklaren gelassen über den Leistungsstand der Schüler? Und wie sollen Defizite aufgeholt werden, wenn keine Wiederholungen mehr möglich sind? Was soll es statt Noten geben?

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hatte sich bereits vor der Einführung der Gemeinschaftsschulen für ein am Schüler ausgerichtetes Feedback-System als neues Leistungsbemessungssystem ausgesprochen. Klassische Schulnoten besitzen für Eltern und Ausbildungsbetriebe nur beschränkte Aussagekraft. Besser ist es, wenn tatsächlich vorhandene Kompetenzen beschrieben werden. Zudem dürfen niemals solch große Defizite aufgebaut werden, dass das Wiederholen einer Klasse unumgänglich wird. Entstandene Defizite sollten aus Sicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages zeitnah zur erstmaligen Leistungsbewertung ausgeräumt werden, beispielsweise durch Wiederholungsklassenarbeiten.

➔ Welche Vorteile kann es für Gymnasien und Realschulen haben, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln? Aufgrund des Wegfalls der verpflichtenden Grundschulempfehlung wird sich die Schülerschaft der beiden Schularten verändern. Die Gemeinschaftsschule ist eine gute Möglichkeit, mit einer zunehmend heterogener werdenden Schülerschaft umzugehen. Bereits heute gibt es an beiden Schularten Schüler, die in einzelnen Fächern nicht die Regelstandards erreichen und von den Anforderungen überfordert sind. Ihnen muss man zum einen die Möglichkeit geben, durch individuelle Förderung und kompetenzbasierte Lernaufgaben Defizite abzubauen. Zum anderen muss man ihnen die Möglichkeit geben, durch den Erwerb des Hauptschulabschlusses oder der mittleren Reife die allgemeinbildende Schule frühzeitig zu verlassen und eine Berufsausbildung zu beginnen. Der Baden-Württembergische Handwerkstag hält es daher für konsequent und unerlässlich, dass sich mehr Realschulen

und letztlich auch Gymnasien zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln. Damit würde deutlich gemacht werden, dass es sich bei der neuen Gemeinschaftsschule nicht um eine neue „Restschule“ handelt.

- ➔ Viele Eltern behinderter Kinder setzen hohe Erwartungen in die Gemeinschaftsschule. Andere Eltern befürchten, dass ihre Kinder in der Gemeinschaftsschule (wie auch in anderen Schularten) nicht ausreichend gefördert würden und favorisieren den Besuch einer geeigneten Sonderschule. Das Ausmaß der Inklusion ist letztlich vom Einzelfall abhängig, dennoch verlangt die UN-Behindertenkonvention die Schaffung des Zugangs zu einem inklusiven Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg hat sich dem Leitgedanken der Inklusion verschrieben und kann dazu beitragen, grundsätzlich gültige Modelle der inklusiven Beschulung zu entwickeln. Die Landesregierung muss aber erklären, welche Bedingungen für einen inklusiven Unterricht erfüllt sein müssen, wie die Qualität entwickelt und gesichert wird und wie sie das Lehr- und Betreuungspersonal aus- und weiterbildet. Auch Inklusion kann nicht zum Nulltarif gelingen und ist mit entsprechenden finanziellen und personellen Aufwendungen verbunden.

Die Einrichtung von neuen Gemeinschaftsschulen gehört zu den Kernanliegen der grün-roten Landesregierung. Der Baden-Württembergische Handwerkstag ermahnt die Landesregierung daher, das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens nicht durch andere landespolitische Maßnahmen zu konterkarieren, sondern ihre Bildungspolitik im Gesamtkontext zu betrachten. So würde nach Ansicht des Handwerkstages die flächendeckende Wiedereinführung von G 9 Gymnasien den Erfolg der Gemeinschaftsschulen gefährden. Denn ohne leistungsstarke Schüler droht die Gemeinschaftsschule zu einer neuen Art "Restschule" zu werden. Die Probleme an den G 8 Gymnasien lassen sich nicht durch die bloße Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr lösen. Vielmehr muss die Bildungsplanreform 2015 dazu genutzt werden, den Bildungsplan zu entschlacken. Es muss gemeinsam überlegt werden, welche Kompetenzen und welches Wissen unsere Kinder in den Jahren 2020 ff. wirklich benötigen. Baden-Württemberg verfügt mit den beruflichen Gymnasien und - bei entsprechender Schüleranzahl - den Gemeinschaftsschulen über zwei Schularten, die in 9 Jahren zum Abitur führen. Die Landesregierung sollte daher von dem Plan Abstand nehmen, weitere G 9 Gymnasien zuzulassen.

Genauso dürfen die beiden Kernanliegen der Landesregierung, die Haushaltskonsolidierung und die Reform des Bildungssystems, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Baden-Württembergische Handwerkstag steht grundsätzlich zu der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse und die damit einhergehenden Begrenzungen der Neuverschuldung im Landeshaushalt. Gute Bildung kostet jedoch Geld und "Bessere Bildung für alle", wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, ist ohne zusätzliche Finanzinvestitionen nicht möglich. Die baden-württembergische Landesregierung wird daher aufgefordert, von der geplanten Streichung von 11.600 Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 Abstand zu nehmen. Nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages ist ein Großteil der sogenannten demografischen Rendite erforderlich, um die grün-roten Reformmaßnahmen umzusetzen. Gute Bildung kostet Geld, hohe Bildungsinvestitionen bringen aber auch hohe Erträge bzw. Ersparnisse in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Nicht erst seit der großen Metastudie von John Hattie wissen wir, wie wichtig die Beiträge der Lehrperson für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler sind. Es kommt auf die Lehrkraft an! Dies gilt erst recht in Anbetracht der grün-roten Bildungsreformen und ihren Zielen. Im Schuljahr 2011/2012 waren über 98.600 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen beschäftigt. Sie haben alle eine „traditionelle“ Lehrerausbildung durchlaufen und müssen sich nun auf ihre neue Aufgabe vorbereiten. Mit dem binnendifferenzierten Unter-

richt sind neue Anforderungen an die Person der Lehrkraft verbunden. Dabei dürfen die Lehrkräfte nicht alleine gelassen werden. Bis zu einer grundlegenden Reform der Lehrerbildung und dem ersten Einsatz von entsprechend ausgebildeten Lehrkräften an Schulen, braucht es daher ein abgestimmtes und landesweit angebotenes Fortbildungskonzept, anhand dessen Lehrkräfte den Umgang mit heterogenen Lerngruppen und binnendifferenzierten Lernformen erlernen. Jede Lehrkraft muss entsprechend qualifiziert werden, das Land die benötigten Weiterbildungsmittel dringend aufstocken. Die in den letzten Jahren drastisch gekürzten Fortbildungsmittel sind bei weitem nicht ausreichend.

### **Forderungen des Baden-Württembergischen Handwerks**

Als Konsequenz der in diesem Papier vorgebrachten Bilanzierung von einem Jahr Gemeinschaftsschule und zweieinhalb Jahren grün-roter Bildungspolitik im Land, fordert der Baden-Württembergische Handwerkstag:

- ➔ **Bis zum Abschluss der regionalen Schulentwicklung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen soll die Landesregierung auf die Genehmigung weiterer Gemeinschaftsschulen verzichten.**

Das Konzept der Gemeinschaftsschule darf nicht zum Erhalt einer Schule vor Ort missbraucht werden. Vielmehr sollte die Gemeinschaftsschule nur an solchen Schulstandorten eingerichtet werden, die das pädagogische Konzept erfüllen und deren Erhalt langfristig durch entsprechende Schülerzahlen gesichert ist.

- ➔ **Vor der Zulassung weiterer Gemeinschaftsschulen im Land müssen verbindliche Qualitätsstandards für die neue Schulart festgelegt werden.**

Die in der Handreichung des Kultusministeriums beschriebene pädagogische Konzeption lässt zu viel Spielraum. Gemeinschaftsschulen müssen nach vergleichbaren Kriterien und Standards arbeiten. Hierzu gehören nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstags unter anderem fest definierte Leistungskriterien und ein landeseinheitliches Leistungsbemessungssystem. Die Gemeinschaftsschulen müssen entlang eines landesweit einheitlichen pädagogischen Grundkonzepts arbeiten, jede Lehrkraft muss auf die neue Art des Unterrichts durch eine Fortbildung vorbereitet werden. Der Übergang in die Berufswelt muss durch klare Kriterien der Berufsorientierung gewährleistet werden, organisatorische Fragen der Einbindung von außerschulischen Partnern wie Musik- und Sportvereine in das Ganztagesangebot müssen geklärt werden. Jede Gemeinschaftsschule muss den Anforderungen der Inklusion behinderter Schüler entsprechen können. Eltern benötigen eine objektive Entscheidungsgrundlage bei der Schulwahl. Die Bezeichnung Gemeinschaftsschule muss ihnen als Gütesiegel dienen.

- ➔ **Der Baden-Württembergische Handwerkstag erwartet von der Grün-Roten Landesregierung mehr Einsatz für die neue Schulart.**

Eine Bildungsreform verlangt nach viel Überzeugungskraft und Aufklärung. Auf der Suche nach dem Schulfrieden müssen Argumente überzeugen, nicht die Schaffung von Fakten. Eltern, Lehrer und Betriebe müssen mitgenommen werden. Die meisten Argumente leuchten ein. Dort, wo es berechtigte Kritik gibt, muss mit dieser konstruktiv umgegangen werden und nach Lösungen zum Wohl der Schülerinnen und Schüler gesucht werden.

- ➔ **Die Landesregierung muss die Diskussion um die Wiedereinführung von G 9 Gymnasien beenden.**

Die verschiedenen Bildungsreformen müssen in einen Gesamtkontext gestellt werden und dürfen nicht als einzelne Stückwerke betrachtet werden. Probleme der Überforde-



rung an G 8 Gymnasien lassen sich nicht durch eine Entzerrung des Lehrplans lösen, sondern über eine Entschlackung des Lehrplans in Folge der Bildungsplanreform 2015 und in einem Ganztagsbetrieb. Mit den beruflichen Gymnasien und der Möglichkeit der gymnasialen Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gibt es zudem schon heute landesweit das Angebot des Erwerbs der allgemeinen Hochschulreife in neun Jahren. Gerade die Gemeinschaftsschule muss stärker als mindestens gleichwertige Alternative zum klassischen Gymnasium beworben werden. Nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstages braucht es nicht fünf verschiedene Schularten in Baden-Württemberg, die allesamt zur allgemeinen Hochschulreife führen. Außerdem bestünde die Gefahr, dass sich zu wenige leistungsstarke Schüler für die Gemeinschaftsschule entscheiden und sich diese zu einer neuen „Restschule“ entwickelt.

- ➔ **Nach Ansicht des Baden-Württembergischen Handwerkstags widerspricht die geplante Einsparung von 11.600 Lehrerstellen dem Ziel der stärkeren individuellen Förderung. Eine Bildungsreform zum Nulltarif kann es nicht geben.**

Eine Bildungsreform darf auch nicht zum Zwecke von Einsparungen im Kultusministerium angegangen werden. Eine Bildungsreform kostet Geld und die Landesregierung muss bereit sein, entsprechende nachhaltige Investitionen zu tätigen. Außerdem braucht es eine hinreichend große Anzahl von fortgebildeten Lehrkräften aus allen bisherigen Schularten, ohne die das Konzept der Gemeinschaftsschule nicht umgesetzt werden kann. Entsprechende Fortbildungsmittel, die in der Vergangenheit drastisch gekürzt wurden, müssen dringend wieder deutlich aufgestockt werden.

- ➔ **Der Baden-Württembergische Handwerkstag fordert die im Landtag vertretenen Parteien auf, gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Partnern einen Konsens darüber zu erzielen, welche Art(en) von Schule wir in Zukunft wollen und brauchen.**

Die Politik muss ein verlässliches Bildungsangebot schaffen, welches auch ohne Reformen nach dem nächsten Wahltag weiterhin Bestand hat. Hierauf haben Eltern, Lehrer, Schüler, Betriebe, und als Ganzes gesehen der Wähler, ein Anrecht. Mit einer nach Möglichkeit im Konsens festgelegten regionalen Schulentwicklung kann der Grundstein für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg gelegt werden. Bis dato wird in der Landespolitik teilweise künstlich ein Disput aufrechterhalten, denn es vor Ort in den Gemeinderäten oftmals gar nicht mehr gibt. Nachdem auch die Union von einem mehrgliedrigen Schulsystem abrückt, unterscheidet sich die Bildungspolitik von CDU, Grünen und SPD nur noch in Detailfragen. Detailfragen, die von einem Laien oftmals gar nicht mehr wahrgenommen werden und in Anbetracht zurückgehender Schülerzahlen gelöst werden müssen.

Der Baden-Württembergische Handwerkstag stellt diese Forderungen in erster Linie als Vertreter der baden-württembergischen Handwerksbetriebe auf. Die Forderungen werden aber auch im Interesse der Eltern, Schüler und Lehrer aufgestellt. Nicht alle teilen die Ansichten und Forderungen des Handwerks. Doch sie alle haben ein Recht darauf, nicht mehr Spielmasse der Parteipolitik zu sein und zu wissen, welche Bildungsangebote sie nach der nächsten Landtagswahl noch vorfinden. Insgesamt braucht es mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit. Natürlich braucht es bei Bedarf auch in Zukunft Bildungsreformen. Solche Reformen müssen aber in Zukunft stets nachhaltig angelegt sein und dürfen nicht mehr lediglich kurzfristiger Reparaturen dienen.

## Anlage

### **Anforderungen an das künftige allgemeinbildende Schulwesen.**

#### **Aus: Konsequenzen aus PISA. Positionen des Handwerks (2002)**

1. Eine leistungsstarke Schule soll die Lernmotivation fördern
2. Eine leistungsstarke Schule soll individuelle Begabungen erkennen und fördern
3. Eine leistungsstarke Schule soll die Persönlichkeitsbildung unterstützen
4. Eine leistungsstarke Schule soll zum lebensbegleitenden Lernen motivieren und befähigen
5. Eine leistungsstarke Schule soll Anwendungskompetenz vermitteln
6. Eine leistungsstarke Schule soll Gemeinschaftlichkeit und soziale Kompetenz fördern
7. Eine leistungsstarke Schule soll die Integration aller am Schulleben Beteiligten fördern
8. Eine leistungsstarke Schule soll innovative Entwicklungen unterstützen und fördern
9. Eine leistungsstarke Schule soll den Schülern Berufsorientierung bieten
10. Eine leistungsstarke Schule soll ihre Qualität durch ständige Evaluation kontinuierlich verbessern

### **Anforderungen an ein neues Schulkonzept**

#### **Aus: Anforderungen an ein neues Schulkonzept. Zehn Thesen des BWHT (2012)**

1. Eine leistungsstarke Schule muss Eltern den Schulabschluss bieten, der am besten zu den Fähigkeiten ihres Kindes passt. Dies muss nicht zwingend notwendig der höchstmögliche Schulabschluss sein.
2. Eine leistungsstarke Schule muss die Eltern in die pädagogische Arbeit einbeziehen, denn individuelle Förderung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus geschehen. Eltern und Schule müssen sich als Partner in der pädagogischen Förderung verstehen.
3. Eine leistungsstarke Schule muss den direkten Übergang in das duale Ausbildungssystem als gleichwertige Alternative zum Übergang auf weiterführende Schularten ermöglichen. Eine berufliche Qualifizierung bietet die Option auf weitere Abschlüsse und ermöglicht somit den Übergang in höhere Qualifikationen.
4. Eine leistungsstarke Schule muss Schüler bei der Berufsfindung unterstützen und ihnen durchgängig in allen Klassenstufen eine in mehreren Fächern verankerte Berufsorientierung bieten, die Erfahrungen mit der beruflichen Wirklichkeit vermittelt.
5. Eine leistungsstarke Schule muss Bildungspartnerschaften mit dem Handwerk eingehen sowie diese aktiv und nachhaltig pflegen. Das Handwerk bietet vielfältige Kooperationsformen und ermöglicht einen intensiven Austausch zwischen Schule und Wirtschaft.
6. Eine leistungsstarke Schule muss an fünf Tagen in der Woche als verbindliche Ganztageschule geführt werden. Ein rhythmisiertes Ganztagesangebot muss mit der entsprechenden Infrastruktur und einer ausreichenden Anzahl pädagogischer Fachkräfte ausgestattet sein. Lehrkräfte müssen auch am Nachmittag präsent sein.

7. Eine leistungsstarke Schule muss jeden Schüler entlang landeseinheitlich definierter Lernziele individuell begleiten und nachhaltig fördern. Regelmäßige Kompetenzfeststellungsanalysen erlauben eine verlässliche Rückmeldung über Lernfortschritte und Entwicklungspotenziale der Schüler.
8. Eine leistungsstarke Schule muss Leistungsbemessungen als ein am Schüler orientiertes Feedback-System (4 B-System: Beobachten, Beschreiben, Bewerten, Begleiten) durchführen. Die Leistungsbemessung muss für künftige Arbeitgeber aussagekräftige und nachvollziehbare Informationen beinhalten und bereits in Klasse 8 durchgeführt werden.
9. Eine leistungsstarke Schule muss ihre Lehrkräfte auf ihre neue Rolle als Lernbegleiter bestmöglich vorbereiten. Das Konzept der Schüler-Lernschule erfordert von den Lehrkräften eine andere Art der Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und sozialem Lernen als an Lehrer-Unterrichtsschulen.
10. Eine leistungsstarke Schule muss zur nachhaltigen Sicherung und Entwicklung der Unterrichts- und Schulqualität in ihrer Eigenständigkeit gestärkt und mit der notwendigen Budget- und Personalverantwortung ausgestattet werden. Nur dann können eröffnete Gestaltungsmöglichkeiten auch wirklich ausgenutzt werden.